

Mai zeitung 2014

Rüsselsheimer
Aktionsbündnis für
soziale Gerechtigkeit



Foto: Volker Dziemballa

Verschoben ist nicht aufgehoben! Rüsselsheimer Infrastruktur erhalten!

Schulen, Kindertagesstätten, Sporthallen, Spielplätze und Schwimmbäder, Museen, Theater und Archive, sind von entscheidender Bedeutung für den gleichberechtigten Zugang aller Menschen eines Gemeinwesens zu Gesundheit, Kultur und Bildung. Diese Einrichtungen sind ein zentraler Teil gesellschaftlicher Infrastruktur und müssten eigentlich – wie Straßen – für alle weitgehend kostenlos zur Verfügung stehen. Ihre Finanzierung sollte über Steuern erfolgen, und indem Wohlhabende mehr Steuern bezahlen, findet ein sozialer Ausgleich statt. Bleiben aber nur noch teure Privatbäder, wird im Museum Eintritt verlangt, steigen die Gebühren für Kitas, Betreuungsschule und VHS-Kurse, sollen also kulturelle und Bildungsgüter als kostendeckende Waren angeboten werden, dann sind diejenigen massiv benachteiligt, die nur über ein niedriges Einkommen verfügen.

Deutschland ist ein reiches Land. Dies dokumentiert eindrucksvoll die „Reichtumsuhr“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Aktuell summieren sich die Nettoprivatvermögen in Deutschland auf mehr als 7,786 Billionen Euro; davon besaß das reichste Zehntel der Bevölkerung fast fünf Billionen. Am anderen Ende der Gesellschaft steht das ärmste Zehntel der Bevölkerung im Minus. Hier gibt es kein Vermögen, sondern nur 15 Milliarden Euro Schulden. Und die Reichtumsuhr tickt rasend schnell: Die Vermögen des oberen Zehntels der Gesellschaft nehmen ebenso rasch zu,

won je nach Konjunkturlage zwischen 0,75 und 2,5 Milliarden Euro auf.

Die hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise sind, gemessen an den zu bewältigenden Aufgaben, strukturell unterfinanziert. Sie können heute immer weniger den Bedürfnissen ihrer Bürgerinnen und Bürger gerecht werden, durch eine gut ausgebaute lokale Infrastruktur, einen gleichberechtigten diskriminierungsfreien und kostengünstigen gebenenfalls kostenlosen Zugang zu Bildung, Kultur, Gesundheit und sozialer Sicherheit gewährleisten.

Konsolidierungsprogramme bringen keine Lösung

Seit Jahren wird versucht, kommunale Finanzprobleme durch Haushaltskonsolidierungsprogramme zu lösen, was nicht möglich ist. Zu diesem Ergebnis kommt selbst die „Schüllemann Consulting GmbH“, die die aktuellen Sparvorschläge erarbeitet hat. Sie stellt fest, dass ein „ausgeglichener Haushalt für die Jahre der mittelfristigen Finanzplanung ... allein durch lokalpolitische Maßnahmen nicht erreichbar“, ja sogar „illusorisch“ ist. Rüsselsheim ist also nach wie vor weit von einem ausgeglichenen Haushalt entfernt, doch die soziale Infrastruktur hat bereits erheblichen Schaden genommen. Mehrere Jugendzentren und die dezentralen Seniorentreffs wurden geschlossen, in wichtigen Bereichen – mit Ausnahme des Kita-Bereichs – wurde das städtische Personal ausgedünnt, es gibt einen Sanierungstau bei Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden und zahlreiche Gebühren und Steuern, am massivsten die Grundsteuer B, wurden erhöht.

Liste der „Grausamkeiten“

Die von der „Schüllemann Consulting GmbH“ erstellte Liste der Grausamkeiten hat die Menschen in Rüsselsheim erschreckt. Sie befördert eine depressive Stimmung in der Stadt und erschwert konstruktives Denken in der Sache. Neben einer Vielzahl von Gebührenerhöhungen wurde die Schließung des „Hauses der Senioren“, die Schließung des Theaters, die Schließung der Stadtbücherei und die Schließung der Musikschule vorgeschlagen, das Hallenbad ist bereits seit mehr als einem Jahr geschlossen. Hinter der Veröffentlichung der „Liste der Grausamkeiten“ steckt das Kalkül, dass die Rüsselsheimer/innen jetzt eine Diskussion darüber führen sollten, auf welche Einrichtungen sie bereit sind zu verzichten.

Freunde des Theaters sollten gegen Schwimmvereine, Großsporthallenutzer gegen Senioren ausgespielt werden. Das Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit steht seit seiner Gründung dafür, solch einer Spaltung der Stadtgesellschaft entgegen zu wirken und für eine lebenswerte Stadt einzutreten.

Widerstand wirkt

Rüsselsheim wäre nicht Rüsselsheim, wenn der angedachte Weg der Haushaltskonsolidierung nicht heftige Proteste ausgelöst hätte. Mehr als 22.000 Unterschriften wurden für den Erhalt des Theaters gesammelt, über 3000 für den Erhalt des Lachebades, über 2.000 für den Erhalt der Gerhart-Hauptmann-Schule. Es ist diesem Druck aus der Mitte der Gesellschaft zu verdanken, dass die Stadtverordneten nun zumindest in Teilen zurückrudern. Das Haus der Senioren, die Musikschule, das Theater und die Stadtbücherei werden – zumindest vorerst – nicht geschlossen. Es bleibt

Aus dem Inhalt:

- Wir wollen schwimmen! S. 2
- Stadt spart bei Ausbildung S. 3
- Befristungsunwesen bekämpfen S. 4
- Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren S. 5
- Welches Europa wollen wir? S. 6

eine Vielzahl von Gebührenerhöhungen und Verschlechterungen für die Beschäftigten bei der Stadt und die Drohung, die Gerhart-Hauptmann-Schule in Königstädten zu schließen. Es gibt also keine Entwarnung. Ein grundsätzliches Umdenken der Politik dahingehend, dass die hessischen Kommunen im Allgemeinen und Rüsselsheim im Besonderen ihre Finanzprobleme nicht durch Konsolidierung lösen können, steht noch aus. Hier ist aber ein Umdenken dringend nötig und die heutige unsichere Finanzbasis der Kommunen muss ersetzt werden über an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Bundes- und Landeszuweisungen.



wie die Schulden des unteren Zehntels und die Staatsverschuldung. Die Demagogie der weithin noch bekannteren „Schuldenuhr“ des Steuerzahlerbundes verschleiert, dass die Staatsverschuldung auf der einen Seite dem wachsenden privaten Reichtum Weniger auf der anderen Seite gegenüber steht.

Privater Reichtum - öffentliche Armut

Die zunehmende öffentliche Armut verschärft die Spaltung der Gesellschaft. Während den Kommunen einerseits immer neue Aufgaben übertragen werden (Kitaplatzgarantie, U3 Platz Garantie, Wohngeld, ...), haben die sogenannten Steuerreformen seit der Jahrtausendwende und Kürzungen beim kommunalen Finanzausgleich Städten, Gemeinden und Landkreisen viel Geld entzogen. Die kommunale Ebene in Hessen weist in den letzten Jahren ein Defizit

Rüsselsheim ist eine reiche Stadt. Im Jahr 2009 lag das erzeugte Bruttoinlandsprodukt je Einwohner mit 132,3 Punkten um 32,3 Punkte über dem Hessendurchschnitt (= 100). Trotz dieser hohen Produktivität ist die Stadt Rüsselsheim von der kommunalen Finanzmisere besonders hart betroffen, weil sie durch die Abhängigkeit von den Gewerbesteuerzahlungen der Adam Opel AG nur wenige Möglichkeiten hat, ihr Einnahmedefizit auszugleichen. Die Stadt befindet sich seit über 15 Jahren in einer massiven finanziellen Schieflage. Konnte Rüsselsheim 1990 einen Spitzenwert von 130 Millionen Euro aus der Gewerbesteuer einnehmen, so liegen die Gewerbesteuererlöse seit 2005 im Schnitt bei ca. 28 Millionen Euro. Die Einnahmunsicherheit bei der Gewerbesteuer macht deutlich, dass die Kommunalfinanzierung dauerhaft nicht über die Gewerbesteuer gewährleistet werden kann.

1. MAI 2014

DGB

GUTE ARBEIT.
SOZIALES EUROPA.

WWW.DGB.DE

1. Mai Kundgebung Rüsselsheim, Löwenplatz Beginn 10 Uhr

Redebeiträge

Ralf Becker, DGB Ortsverein Rüsselsheim
Jürgen Johann, Ver.di Vertrauensleute Stadt Rüsselsheim
Petra Deichmann, IGM Opel Rüsselsheim
Ver.di Jugend Stadt Rüsselsheim
Ingrid Reith, Betriebsseelsorge Rüsselsheim
Karola Pruschke-Löw, GEW Kreis Groß-Gerau

Ab 13 Uhr, gemeinsame Feier mit den Naturfreunden im Naturfreundehaus Rüsselsheim bei Bier, Wein, Worscht, Kaffee und Kuchen

Vorabendveranstaltung

29. April 2014, 19:00 Uhr, Stadthalle Rüsselsheim - Lassallesaal
„Europa in der Krise - Perspektiven für ein soziales Europa“
Referent: Dr. Kai Eicker-Wolf (DGB Hessen-Thüringen)

Mit knapp 61.000 Einwohnern ist Rüsselsheim die zehntgrößte Kommune in Hessen und als sogenannte Sonderstatusstadt übt sie selbst die Schulträgerschaft aus. Während andernorts von rückläufigen Schülerzahlen ausgegangen wird, werden die Schülerzahlen in Rüsselsheim auf absehbare Zeit eher steigen. Über Schulschließungen müsste also in Rüsselsheim nicht diskutiert werden.

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim unterbreitete im Dezember 2013 in einem „Zwischenbericht“ zum Schulentwicklungsplan 2014 -2019 weitreichende Maßnahmenvorschläge; unter anderem wird erneut die Verlegung der Borngrabenschule angedacht und es wird vorgeschlagen, die Gerhart-Hauptmann-Schule in Königstädten zu schließen, weil hier die höchsten Sanierungskosten bestünden. Die Prämisse der Diskussion soll sein: An der Bildung zu sparen ist kein Tabu. Völlig aus dem Blick geraten dabei die besonderen Rüsselsheimer Problemlagen. Allein 2.071 Rüsselsheimer Kinder im Alter unter 15 Jahren waren 2012 Empfänger von Sozial- und Transferleistungen (22,46 Prozent; Hessen: 14,6). Diese soziale Problematik trifft auf eine im hohen Maße selektive Schullandschaft. Über 50% aller Schüler/innen gehen nach der Klasse 4 erst einmal auf ein Gymnasium, viele von ihnen wechseln dann aber im Laufe der Sekundarstufe I wieder auf eine Haupt-, Real- oder Gesamtschule.

Gerhart-Hauptmann-Schule erhalten

Vor diesem Hintergrund sind die Pläne zur Schließung der Gerhart-Hauptmann-Schule im Stadtteil Königstädten nicht nachvollziehbar. Zum Areal der Schule gehören eine Sporthalle, eine Mehrzweckhalle und ein mittlerweile wegen Sanierungsbedarf geschlossenes Lehrschwimmbecken. Vereine und lokale Initiativen nutzen Räume und Turnhalle und kooperieren oft auch inhaltlich mit der Schule – insbesondere bei der Realisierung des Ganztagsangebotes. Die Schule vor Ort hilft mit, ein bildungsfreundliches Klima zu schaffen. Gerade Kinder und Jugendliche, deren Eltern nur begrenzte finanzielle Möglichkeiten haben, werden durch ein wohnungsnahes Bildungsangebot und eine Schule mit überschaubarer Schülerzahl gestärkt.

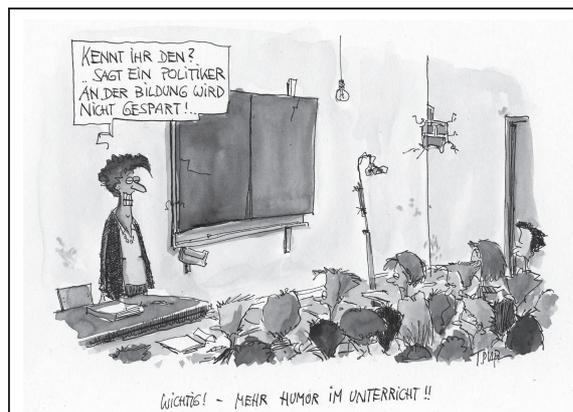
Stadtplanung und Ausbau der Schulen in Rüsselsheim sind aufs Engste mit dem Namen des Stadtbauleiters Rudolf Otto (1919 -2004) verbunden, dessen Ziele die soziale Stadt und ein auf die Raumbedürfnisse der Stadtteile abgestimmtes Schulangebot waren. Er schließt das Kapitel „Schulbau“ in seinem Buch „Baukräne über Rüsselsheim“ mit den Worten: „Wie die weitere Entwicklung auch gehen mag, so ist eins gewiss, die Bildung von Systemen, die zu Mammutschulen von 1.000 und mehr Schülern

führen, sprengen den menschlichen Maßstab. Sie werden unüberschaubar und erschweren die Kommunikation von Lehrern und Schülern“.

Die Qualität des Schulstandortes Rüsselsheim ist aktuell aber nicht nur durch eine Schulentwicklung unter Spitzdruck bedroht. Die Rüsselsheimer Schüler/innen konnten bisher (in letzter Zeit leider immer weniger) auf ein umfangreiches, die schulische Arbeit ergänzendes Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebot zurückgreifen. Ob dies das Stadttheater, die Stadtbibliothek, das Hallenbad, die Musikschule, Jugendräume, die Jugendverkehrsschule oder der Mädchentreff der AWO waren bzw. sind, die kommunale Sparpolitik sorgt auch hier für Leerräume, die private Angebote nicht füllen können. Und wieder einmal sind die Jugendlichen, deren Eltern es sich nicht leisten können, viel Geld für diese Bereiche auszugeben, zusätzlich benachteiligt. Auch das Wegbrechen dieser Angebote muss bei der Schulentwicklungsplanung bedacht werden.

Wie geht es weiter?

Mit der Verknüpfung von Schulentwicklung und Haushaltskonsolidierung wird der Schulentwicklung ein Bärendienst erwiesen. Große Teile der bildungspolitisch interessierten Rüsselsheimer Öffentlichkeit beobachten diese Entwicklung kritisch und bringen sich offensiv in den Diskussionsprozess ein. Der Elternbeirat der Gerhart-Hauptmann-Schule hat bereits mehr als 2.000 Unterschriften für den Erhalt der Schule gesammelt. Während die CDU und der grüne Schuldezernent Dennis Grieser die Schließung der Gerhart-Hauptmann-Schule präferieren, haben sich die „Unabhängige Königstädter Liste“, die den Grünen nahestehend und „Die Linke/Liste Solidarität“ für den Erhalt der Schule ausgesprochen. Die SPD hat sich bis zum Redaktionsschluss noch nicht festgelegt. Es ist aber höchste Zeit, die Verunsicherung der Schulgemeinde zu beenden und den Beschluss zu fassen, dass die notwendige Sanierung der Gerhart-Hauptmann-Schule endlich begonnen wird. *Bernd Heyl*



Schließung der Betreuung an der Otto-Hahn Schule oder der Anfang vom Ende der Rüsselsheimer Betreuungsschulen?



Diesen Sommer passiert es wieder: nach der Betreuungsschule an der Albrecht-Dürer-Schule soll zum Schuljahresende im Sommer die städtische Betreuung an der Bauschheimer Otto-Hahn-Schule geschlossen werden. Eine weitere Einrichtung aus der Rüsselsheimer Bildungslandschaft verschwindet. Und was kommt stattdessen? Die Rüsselsheimer Betreuungsschulen gibt es seit 24 Jahren. Aus der „Schülerhilfe“ der späten achtziger Jahre entwickelten sich dank sehr engagierter Kolleginnen und Kollegen und initiiert durch den damaligen Magistrat in den neunziger Jahren schnell die Betreuungsschulen: Die verlässliche Ganztagsbetreuung mit hohen Qualitätsstandards für Grundschüler/innen in Rüsselsheim, neben den Rüsselsheimer Horten. Die Betreuungsschulen gab es bis letztes Jahr in jedem Stadtteil und an jeder Grundschule (außer Eichgrundviertel). Sie war speziell für Eltern mit dem kleineren Geldbeutel eine attraktive Alternative zu den Horten. Wenn nun wieder eine dieser Einrichtungen geschlossen werden soll, darf man sich schon fragen, wie es mit der Ganztagsbetreuung von Schülern weitergehen soll - und das nicht nur in Bauschheim!

Qualitätsabbau in der Schulkinderbetreuung

Der Sozialdezernent hat bereits vor knapp zwei Jahren angekündigt, die beiden Parallelsysteme der Schulkinderbetreuung zusammenfügen zu wollen, d.h. zuerst die teuren Horte einzusparen und abzuschaffen. Dass aber jetzt auch Stück für Stück die vergleichsweise „billigen“ Betreuungsschulen „plattgemacht“ werden sollen, weil die Stadt pro Betreuungsschule ca. 250.000 € einsparen kann, ist ein ganz neues Signal. Das bedeutet einen massiven Dienstleistungs- und Qualitätsabbau in der Schulkinderbetreuung, es wird nur noch in den Kitabereich investiert und es bedeutet die Überlassung der Verantwortung an die jeweilige Schule, die eine professionelle Ganztagsbetreuung im Sinne einer „echten“ Ganztagschule erfahrungsgemäß nicht leisten kann.

Statt einer professionellen Ganztagschule (die ihren Namen aus verdient) wird die Verantwortung der Ganztagsbetreuung sog. „Fördervereinen“ überlassen; so ist es auch in Bauschheim geplant. Wer steckt hinter diesem „Förderverein“, welche Qualitätsstandards werden gesetzt, wie transparent ist das Betreuungskonzept für die Eltern? Welches Personal wird eingesetzt, wie wird es bezahlt; wird es überhaupt bezahlt oder läuft am Ende alles über die Schiene „Ehrenamt“? Wie verlässlich und gut kann eine Kinderbetreuung unter diesen Bedingungen überhaupt sein? Jahrelange sich entwickelnde pädagogische Arbeit der Betreuungsschulen wird auf Eis gelegt zugunsten fragwürdiger und billigerer Alternativen. Für vieles (Unsinnes) ist in Rüsselsheim immer noch Geld da - für eine anständige, flächendeckende Schulkinderbetreuung offensichtlich nicht mehr.

ver.di Vertrauensleute bei der Stadt Rüsselsheim

Wir wollen schwimmen!

Am 11. März 2013 wurde das Rüsselsheimer Hallenbad wegen technischer Mängel der Klimaanlage geschlossen. Für die vom Magistrat auf rund vier Millionen Euro geschätzte Sanierung des gesamten Bades fehlen nach seinen Angaben die Mittel. Über Nacht sitzen Vereine, Schulen und Bevölkerung auf dem Trockenen, sind 60 000 Einwohner ohne öffentliches Hallenbad.

Es gibt Proteste und halbherzige Entspannungsversuche: Mit Beginn der Hallensaison im Herbst wurde das Therapiebecken der Helen-Keller-Schule, einer Schule für praktische Bildbare, Auffangbecken zumindest für die Grundschüler. Ihr (halbierter) Schwimmunterricht wird durch die beschäftigungslosen Schwimmmeister sogar aufgewertet. Verschmutzungen und Defekte sorgen aber immer wieder auch hier für unfreiwillige Nutzungspausen. Der Großteil der Vereine muss teuer bezahlte Randzeiten in den umliegenden Bädern mieten, muss aber weichen, wenn die dortigen Vereine die Bahnen beanspruchen. Mit drastischen Folgen: Finanzen schmelzen ebenso wie Mitgliederzahlen und sportliche Angebote. Inzwischen hat Anja Eckhardt eine Bürgerinitiative ins Leben gerufen und die Website pro-lachebad.de eingerichtet. Aktuell diskutieren und bera-

ten in der Initiative die Rüsselsheimer Schwimmsportvereine, der Sportbund Rüsselsheim, der Kinderschutzbund, das Bündnis für soziale Gerechtigkeit, Vertreter des Seniorenbeirates, des Lions Clubs und der Frühschwimmer, als fachkundiger Berater Jürgen Kaul von der Rüsselsheimer Kälte- und Klimatechnik Kaul GmbH, sowie Bürgerinnen und Bürger, die sich für die rasche Wiedereröffnung des Lachebades einsetzen wollen. Ihr Lösungsvorschlag: eine Reparatur der für den Betrieb von 25m-Becken und Lehrschwimmbecken notwendigen Teile, die etwa eine Million Euro kosten und nicht länger als ein Jahr dauern würde. Auf den Betrieb des Erlebnisbades und der Sauna würde verzichtet. Ein gemeinsamer Antrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen verspricht eine zeitnahe Reparatur des Bades, falls bis Ende September kein Investor für einen Neubau absehbar ist. Da die Verwaltung seit Herbst 2013, als sie den entsprechenden Auftrag vom Stadtparlament erhalten hatte, offensichtlich diesen Investor nicht gefunden hat, hält die BI den neuerlichen Aufschub für Zeitverschwendung und fordert zumindest einen sofortigen Beginn der Reparaturplanung. Ein Bürgerbegehren soll den Druck auf die Entscheidungsträger spürbar erhöhen. *Jörg-Dieter Häußler BI „Pro Lachebad“*



Ansprechpartner im „Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit“:

Bernd Heyl, 06152/1877471
Gerhard Christ-Steinicke, 06144/41690
Hans-Peter Greiner, 06142/46798

Postanschrift:
Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit
Weisenauer Straße 31,
65428 Rüsselsheim

Gezeichnete Artikel geben die Position der Organisation oder der Person wieder.



Stadt spart bei Ausbildung Ausbildungssituation bei der Stadt Rüsselsheim

Wie gern schminkt sich die Stadt mit der Ausbildung junger Menschen! Doch dieses dicke Make-up braucht sie auch, um die wahrhaft tiefen Falten zu verbergen. Innerhalb von 2 Jahren hat die Stadt Rüsselsheim ihre Anzahl an Ausbildungsplätzen um über 40% reduziert. Von den 78 Auszubildenden damals sind heute nur noch 48 übrig geblieben.

Beispiele für den nichtgewollten, aber vollzogenen Sparwillen gibt es genug: 2008 beschloss die Stadtverordnetenversammlung den Erhalt der 21 Ausbildungsplätze bei den Städtischen Betriebshöfen bei gleichzeitigem Verzicht auf die 6-monatige Übernahme. Heute sind von diesen 21 Plätzen nur noch 6 besetzt. Doch das war anscheinend noch nicht genug. Wir sparen weiter...

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss 2009 die Streichung der nichtverwaltungsspezifischen Berufe. Und wieder wurden mit einem Schlag weitere 9 Ausbildungsplätze gekillt. Diese Berufe wurden gerne als Sprungbrett für junge Menschen in die Berufswelt genutzt. Heute gibt man ihnen nicht einmal diese Chance. Doch das war anscheinend noch nicht genug. Wir sparen weiter...

Man strich den Sozialassistenten die freiwillige Praktikantenvergütung von 240,00 € im Monat. Die Folge war ein Ausbleiben der Bewerber. Dieser Fehler wurde erst bemerkt, als sich weniger Erzieherinnen für ein Anerkennungsjahr bewarben. Mittlerweile hat man diesen Fehler dank der unermüdbaren Bemühungen der Gewerkschaft wieder korrigiert, aber war dieser Schritt wirklich nötig? Doch das war anscheinend noch nicht genug. Wir sparen weiter...

Die Auszubildenden der Stadtverwaltung sind die einzigen aus ihrer Klasse, die nicht alle Unterrichtsmodule im Verwaltungsseminar bezahlt bekommen und besuchen dürfen. Hier entsteht ein enormer Unfrieden innerhalb einer Klasse. Die PC's an den Azubi-Plätzen in der Verwaltung wirken wie ein Relikt aus letzter vergangener Zeit. Während im Verwaltungsseminar mit den neuesten Windows- und Office-Versionen gearbeitet wird, bekommt man bei der Stadt einen PC mit Windows 95 und Office 97 - Programme, die schon älter sind, als die Auszubildenden selbst. Die Streichung von Fahrtkosten und des Jobtickets sind weitere Aspekte, die eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung unattraktiv machen. Doch das war anscheinend noch nicht genug. Wir sparen weiter...

Ausbildungsqualität verbessern!

Bei den Städtischen Betriebshöfen haben unsere Azubis weitaus andere Probleme. Besonders im Bereich der Grünpflege häufen sich die Probleme bei der Ausbildungsqualität. Reihenweise fallen diese Auszubildenden durch die Abschlussprüfung. Dieses Problem ist schon lange bekannt. Aber geändert hat sich nichts. Will man dieses Problem nicht verstehen oder kann man dieses Problem nicht beheben?

Allein diese Beispiele sollen ausreichen, um zu verdeutlichen was wirklich hinter den Bemühungen der Stadt steckt, um jungen Menschen einen Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Die Liste kann noch beliebig lange fortgeführt werden.

Ein schweres Pfund für jemanden wie unseren Oberbürgermeister Patrick Burghardt. Für ihn ist nach eigener Aussage die Ausbildung im Betrieb sehr wichtig. Nur davon gemerkt haben wir wenig. Diese Probleme müssen unbedingt von den Verantwortlichen angegangen und behoben werden. Ansonsten hat die Stadt ebenso wenig Aussichten auf Erfolg wie ein Kleinkind es schaffen kann, sich von allein die Windeln zu wechseln.

Deswegen sind die Forderungen der ver.di Jugend ganz klar:

- Ausbildungsplätze erhalten und auf den Stand von 2008 ausbauen!
- Ausbildungsqualität verbessern!
- und eine unbefristete Vollzeit Übernahme garantieren!

ver.di Vertrauensleute bei der Stadt Rüsselsheim



Musikschule: wenn es denn unbedingt sein muss...

Das scheint die Reaktion der Parteien im Stadtrat auf das Votum der Bürgerinnen und Bürger zu sein. Ganz abschaffen geht anscheinend nicht, also machen wir sie eben auf dem Schleichweg platt. Das heißt: die derzeit angestellten Lehrkräfte lassen wir weiter arbeiten, bis sie aus irgendeinem Grund aus dem Dienst ausscheiden. Ersetzt werden sie dann durch Honorarkräfte, mit denen wir je nach Lust und Laune machen können, was wir wollen.

Dass derart auf Honorarbasis eingekaufte Lehrkräfte in Hessen durchschnittlich nicht über ca. 13.000 € (brutto im Jahr) hinauskommen kümmert doch keinen. Welche Wertschätzung das gegenüber den derzeit an-

„Schön“ Sparen mit Schüllermann?

ver.di

Seit Jahren sind die Städtischen Betriebshöfe das Sparschwein der Politik. Seit Jahren wird dieser Betrieb systematisch durch Haushaltskürzung ausgehungert. Seit Jahren gibt es somit weniger und schlechtere Dienstleistungen.

Ein Konsolidierungsvorschlag im Schüllermann-Papier zur Haushaltskonsolidierung lautet, 500 000 € bei der Grünpflege einzusparen. Die Grünpflege ist sozusagen die Städtische Sparsau! Laut Betriebsleitung wurden seit 2005 eine Million von 6 Millionen Grünpflegekosten durch die Stadt gekürzt. Interessant ist, die Entscheidungsträger haben nicht entschieden, wie diese Summe eingespart werden soll, welche Dienstleistungen wegfallen sollen. Das ist dilettantisch und verantwortungslos. In ihrem Antrag zum Haushalt 2014 setzen die SPD, die CDU und die GRÜNEN dem ganzen die Krone auf und fordern eine Reduktion der Grünpflegekosten um 500 000 € und ruckzuck sind bei den Städtischen Betriebshöfen insgesamt fast eine Million eingespart!? Wenigstens auf dem ach so geduligten Papier.

Es geht um eine lebenswerte Stadt

Die Folgen sind Arbeitsplatzabbau, Ausbildungsplatzabbau und -ade Lebensqualität! Das Wohlfühlgefühl in einer Stadt ist eben auch abhängig von gepflegten Parks und Grünanlagen, intakten Spielplätzen sowie sauberen Plätzen wo Menschen sich gerne aufhalten. Alle Aufgaben der Daseinsvorsorge haben ihre Berechtigung und sind notwendig um eine lebenswerte Stadt zu haben.

Aber, Politik entscheidet sich für unsinnige Sparmaßnahmen und eine Stadt geht vor die Hunde. Drastische Einsparungen im Grünbereich oder auch in der Stadtreinigung ergeben ein ungepflegtes und drecksiges Stadtbild. Politik verhält sich hier so wie im Märchen „Des Kaisers neue Kleider“. Unbeirrt von der Realität predigt Politik wie gut und sauber doch alles ist. Wäre da nicht der lästige Bürger. Ständige Beschwerden über verunkrautete Grünflächen, Bäume deren Äste gefährlich herabhängen, Spielplätze die nicht mehr gewartet werden können etc. und überall Unrat und Dreck.

Alle Dienstleistungen der SBR sind unverzichtbar und tragen maßgeblich zum Allgemeinwohl bei. Deshalb

- Aufhören mit dem zerstörerischen Sparen (laut aktuellem Schüllermann Gutachten sparen, sparen, sparen bringt nichts/ Einnahmen bzw. vom Bund oder Land müssen kommen)
 - Wiederbesetzung aller freien und freierwerdenden Stellen
 - Erhalt und Ausbau von Dienstleistungen
 - Aufbau einer arbeitsfähigen Werkstatt
 - Schaffung von Ausbildungsplätzen/Übernahme
- Gemeinsam mit allen Kolleginnen der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe der Stadt Rüsselsheim kämpfen wir für den Erhalt von Arbeitsplätzen, Ausbildungsplätzen und für gute Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Kinder dieser Stadt!

ver.di Vertrauensleute bei der Stadt Rüsselsheim



ver.di

gestellten Lehrkräften aussagt, erst recht nicht. Diese sind eben Auslaufmodelle. Sollen sich nicht so anstellen, immerhin fliegen sie nicht raus... Verrat an Bildungsidealen, sowohl der konservativen als auch denen der Arbeiterbewegung? Uns doch egal! Sparen auf Kosten der Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche? Hauptsache, der Rettungsschirm wirkt.

Verdi meint dazu: Gerade am 1. Mai ist es wichtig, sich daran zu erinnern: Einrichtungen wie Theater und Musikschule in öffentlicher Trägerschaft zu haben bedeuten eine Befreiung aus feudalen Strukturen. Zugang zu Bildung und Kultur hatten jahrhundertlang nur Adel und Großbürgertum. Erst spät erarbeiteten

- und erkämpften - sich andere Schichten wie Arbeiter und Handwerker Recht und Möglichkeiten dazu und es ist sicher kein Zufall, dass gerade eine Stadt wie Rüsselsheim sich solche Einrichtungen schuf.

Und es ist einer Stadt wie Rüsselsheim unwürdig, abhängig Beschäftigte wie Klötze am Bein zu behandeln. Es ist ihrer unwürdig, sichere Beschäftigungsverhältnisse in Konstrukte umzuwandeln, die eine geordnete Zukunftsplanung für die davon Betroffenen nicht mehr möglich machen. Soll das „Bürgerwille“ sein?

ver.di Vertrauensleute bei der Stadt Rüsselsheim

2002: Rüsselsheims Bürger/innen begehren auf

Mit einem Bürgerbegehren will die Bürgerinitiative (BI) Pro Lachebad erreichen, dass das Hallenbad an der Lache schnellstmöglich von den Menschen in Rüsselsheim und den Schwimmsport betreibenden Vereinen genutzt werden kann. Ein erfolgversprechendes Unterfangen, denn das Instrument des Bürgerbegehrens ist den Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimern durchaus vertraut.

Im Jahr 2002 stand bereits eine „Run-de“ zur Haushaltskonsolidierung an. In diesem Zusammenhang sollten die Eichgrundschule geschlossen, die Horte abgeschafft, und die Personalbemessungsstandards in den Kindertagesstätten verschlechtert werden. Da Magistrat und Stadtverordnete an ihrer Politik festhielten, wurden drei Bürgerbegehren parallel organisiert. Gewerkschaften, der Kita-Stadt-elternbeirat und der Stadelternbeirat für die Schulen unterstützten sich gegenseitig. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss die Sparmaßnahmen in der Sitzung kurz vor den Sommerferien, wohl auch in der Hoffnung, dass die bereits angekündigten Bürgerbegehren an dem damals gültigen Quorum von 10% der Wahlberechtigten scheitern. Vergebens! Mit großem Elan sammelten Eltern, Schüler/innen und alle die, die nicht verzeihen, Unterschriften und zwar

jeweils für drei Begehren gemeinsam. Für alle drei Bürgerbegehren wurden weit mehr als die nötigen 4100 Unterschriften gesammelt und gemeinsam dem Magistrat übergeben. Der mit großem Nachdruck sich artikulierende Bürgerwille brachte den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung schließlich zum Einlenken. Zum Bürgerentscheid, der förmlichen Abstimmung über das Bürgerbegehren, kam es nicht mehr. Diese Schlapppe wollten die Politiker/innen nicht auch noch kassieren und die Stadtverordnetenversammlung folgte im Wesentlichen den Bürgerbegehren.

Keine Chance für Eurawasser

Die drei erfolgreich abgeschlossenen Bürgerbegehren aus dem Jahr 2002 bewirkten eine lang anhaltende politische Sensibilisierung der Stadt-

öffentlichkeit. Die Rüsselsheimer/innen haben gelernt, dass es möglich ist, jenseits der politischen Machtstrukturen durch solidarisches politisches Engagement selbstständig Interessen zu vertreten. Wie wirksam solche Erfahrungen sein können, zeigte sich dann im Jahr 2005. Auch im Rahmen der sogenannten Haushaltskonsolidierung sollte die Rüsselsheimer Gas-, Strom- und Wasserversorgung an den transnationalen Konzern Eurawasser verkauft werden. Das Vorhaben wurde erst bekanntgegeben, als die Verhandlungen schon sehr weit gediehen waren. Die Empörung in der Stadt war groß und sofort wurde der Ruf nach einem Bürgerbegehren laut. Im Gemeindehaus der Stadtkirchengemeinde trafen sich auf Initiative des Aktionsbündnisses (damals noch Aktionsbündnis gegen Sozialabbau) über Hundert Menschen, die am Ende der Versammlung beschlossen, für den Fall, dass die Stadtverordneten den Verkauf beschließen, sofort ein „kassierendes Bürgerbegehren“ zu initiieren. Die eindeutige Stimmung in der Stadt und die Gewissheit bei den Politiker/innen „die machen das!“ führten dann dazu, dass der Verkauf der Stadtwerke abgeblasen wurde. Rüsselsheim hat also eine ausgesprochen positive Tradition in Sachen Bürgerbegehren und die Lachebadinitiative kann gewiss sein, dass auch ihr Bürgerbegehren durch breite Unterstützung zum Erfolg führen wird.

Bernd Heyl
Aktionsbündnis soziale Gerechtigkeit



Befristungsunwesen bekämpfen

Am 1.1.2001 trat das von einer rot-grünen Bundesregierung verfasste Teilzeit- und Befristungsgesetz in Kraft, das es den Arbeitgebern ermöglichte, Beschäftigte unendlich lange mit befristeten Arbeitsverträgen hinzuhalten, solange der Vertrag einen zulässigen Befristungsgrund enthält. Erst 12 Jahre später rang sich das Bundesverfassungsgericht zu der Erkenntnis durch, dass „die Befristung eines Arbeitsvertrags trotz Vorliegens eines Sachgrunds (...) rechtsmissbräuchlich und daher unwirksam sein“ kann, unter anderem bei „einer sehr langen Gesamtdauer oder einer außergewöhnlich hohen Anzahl von aufeinander folgenden befristeten Arbeitsverträgen mit demselben Arbeitgeber“. Einer dieser Arbeitgeber ist das Land Hessen, auch unter Schwarz-grün weiter einer der größten Tarifflüchtlinge der Bundesrepublik. Seit Inkrafttreten des Gesetzes ist die Zahl der befristet beschäftigten Menschen, die in hessischen Schulen unterrichten, auf über 6.000 gestiegen, so dass inzwischen jede 25. Unterrichtsstunde von Kolleginnen und Kollegen erteilt wird, die nur mit einem Fristvertrag eingestellt wurden. Auch im Kreis Groß-Gerau und in Rüsselsheim sind es mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen, die seit fünf, sechs oder acht Jahren in unseren Schulen unterrichten und offensichtlich gute Arbeit leisten. Längst geht es nicht mehr um eine kurzfristige Vertretung, sondern um die Abdeckung von regulärem Unterricht. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dem mehrere hessische Gerichte gefolgt sind, haben sie schon jetzt oder in einem oder

zwei Jahren einen Anspruch auf einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Was in diesem Sommer passiert, wenn wieder tausende befristeter Verträge auslaufen, ist noch nicht absehbar. Während sich das Kultusministerium in Schweigen hüllt, hört man aus den Schulämtern klare Drohungen, dass Beschäftigte mit einer längeren Vertragskette im Sommer keinen neuen Vertrag bekommen, damit kein Entfristungsanspruch entstehen kann. Inzwischen haben die in der letzten Tarifrunde für den Tarifvertrag Hessen vereinbarten Gespräche der Gewerkschaften mit dem Land Hessen über die befristeten Arbeitsverhältnisse begonnen. Die GEW fordert eine Halbierung der Zahl der Unterrichtsstun-

den, die mit Fristverträgen abgedeckt werden, und die Entfristung aller befristeten Verträge in den Schulen nach zwei Jahren Beschäftigungsdauer. Auch in Rüsselsheim und im Kreis Groß-Gerau lassen viele Personalräte erkennen, dass sie auf keinen Fall neuen befristeten Verträgen zustimmen werden, wenn gleichzeitig Verträge mit langjährig Beschäftigten einzig deshalb nicht verlängert werden, damit sie sich nicht in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis einklagen können. Für diese Auseinandersetzung bittet die GEW die Öffentlichkeit, Eltern, Personalräte und alle anderen Gewerkschaften um Unterstützung.

Harald Freiling
GEW-Kreisverband Groß-Gerau



Haus der Senioren muss bleiben!



Die ver.di-Vertrauensleute der Stadt Rüsselsheim begrüßen ausdrücklich den gemeinsamen Antrag zur Haushaltskonsolidierung der Fraktionen von SPD, CDU und DIE GRÜNEN, in Bezug auf die Ablehnung des Verkaufs des Hauses der Senioren. Allerdings lautet die Formulierung **aktuell** den Verkauf des Hauses der Senioren abzulehnen.

Aber was steckt hinter dem Zusatz „aktuell“? Sollen die Angebote des Hauses der Senioren jedes Jahr erneut auf den Prüfstand und der Verkauf zum Thema werden? Und sich damit die Unsicherheit über Jahre hinzieht? Die Angebote des Hauses sind überaus vielfältig, es gibt die offenen Angebote, die Veranstaltungen für alle älteren Menschen mit Cafe-Betrieb im Haus oder im Sommergarten, viele Gruppen, wie Mal-, Strick- oder Schachkreis nutzen die Räume. Rentenberatung und Integrationsamt brauchen die Räume für Beratungsangebote, die Stadt Rüsselsheim hat dort ihre Beratungsstelle für ältere und behinderte Menschen, es werden Tagesausflüge und längere Freizeitaufenthalte, die Seniorenfastnacht, der Tag der Älteren Generation, das Sommerfest und die Hobbyausstellung der Senioren von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Leitstelle Älterwerden organisiert. Im Haus haben ehrenamtliche Hilfsvereine und Selbsthilfegruppen ihre Beratungsbüros, Kontakt-Soziale Dienste, Alzheimer- und Demenzgesellschaft, die Generationenhilfe, es finden die Sitzungen des Seniorenbeirates und der Seniorenvertretung statt. Auch der kommunale Beauftragte für Schwerbehinderte hat dort sein Büro. Der Bedarf wird auch in nächsten Jahren stetig steigen, es vollzieht sich ein demografischer Wandel mit immer mehr älteren Menschen in der Gesellschaft.

Ganz und gar nicht sind die ver.di-Vertrauensleute mit dem Antrag der drei Fraktionen einverstanden, dass der Seniorenbeirat zukünftig von den Stadtverordneten ernannt werden soll und damit das demokratische Verfahren einer Wahl entfallen soll. Erst durch eine demokratische Wahl erhält eine solche Interessenvertretung ein legitimes Recht die Wünsche, Anregungen und Kritikpunkte an Stadtgesellschaft und Politik weiterzutragen. Oder sollen nur noch „bequeme“ und den Stadtverordneten unkritisch gegenüberstehende Personen ernannt werden? Eine Wahl des Seniorenbeirats könnte ohne weitere Kosten zu verursachen, an den Termin der Kommunalwahl angegliedert werden.

Fazit: Wir können uns nur der Büttenrede von Herrn Eitel (RCV) als Till Eulenspiegel auf der Seniorenfastnacht am 28. Februar anschließen: „Liebe Stadtratsbosse, das Haus der Senioren, das bleibt offe!!!“

ver.di Vertrauensleute bei der Stadt Rüsselsheim

Marktwirtschaft?



Inzwischen ist die gesellschaftliche Produktivität derart entwickelt, dass niemand auf der Welt Hunger leiden müsste, dass Bildung und medizinische Versorgung für alle eine Selbstverständlichkeit sein könnten. Stattdessen werden immer mehr überflüssige Dinge produziert, für deren Bewerbung und Verkauf mehr Menschen arbeiten müssen als für ihre Herstellung. Anstatt die Arbeitszeit mit der fortschreitenden Produktivität zu verkürzen, müssen in den entwickelten Ländern immer weniger Menschen immer verdichteter und ausgedehntere Arbeitsprozesse bewältigen, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeit überall steigt und in weiten Teilen der Welt große Teile der Bevölkerung im Elend leben.

Dies ist die Folge einer Produktionsweise, in der der Zweck der Produktion in erster Linie die optimale Verwertung des eingesetzten Kapitals ist und nicht in erster Linie die Erzeugung dringend benötigter Gebrauchswerte. Was gebraucht wird, steht auch nicht zur Debatte, sondern wird dem „selbstregulierenden Markt“ überlassen – zumindest solange es nicht klemmt. In der Krise wird dem desolaten Markt dann doch mal gerne mit Steuergeldern unter die Arme gegriffen, damit er sich wieder „selbst regulieren“ kann.

Es sind aber nicht nur die vielen unnützen Dinge, die mit großem Einsatz produziert werden, es sind die mittelbaren Folgen dieser Produktionsweise, die immer mehr zum eigentlich zentralen Problem werden: die ökologische Krise – mit Folgen, die in ihrer Dimension alles übertreffen, was frühere Produktionsweisen an Umweltveränderung und -schäden verursacht haben. Und es ist die Veränderung unseres kompletten Alltagslebens durch diese Produktionsweise, in der alles und jede/r zu einer profitabel zu verwertenden Ware gemacht werden soll oder sogar sich selber macht. Diese Produktionsweise hat einen Namen: Kapitalismus.

Michael Flörheimer, attac-Rüsselsheim

Ein etwas anderer Blick auf die Innenstadt

Laut statistischem Bericht werden zu dem Bezirk Innenstadt das Gebiet vom Rugbyring/Schillereiche bis weit hinein in die Mainzerstr. Richtung Bischofsheim gerechnet. In diesem Bereich wohnen über 6.000 Menschen, davon mehr als 1.000 Kinder und Jugendliche mit ihren Familien. Denken wir mal darüber nach, in welchem Umfeld wohnen diese Menschen, wie heißen ihre Nöte, wie ihre Bedarfe, welche soziale Struktur ist für Kinder und Jugendliche vorhanden, wie können diese Strukturen optimiert werden? Denn, Kinder machen ihre grundlegenden Erfahrungen von sinnvollem Handeln zumeist im Rahmen der Familie. Wie aber Familien sich ihre Umwelt aneignen und was sie Kindern vermitteln, ist abhängig davon, welche ökologischen, kulturellen und ökonomischen Möglichkeiten sie haben. Dazu brauchen in dieser Zeit viele Familien Unterstützung von außen, unabhängig von Nationalität, Berufstätigkeit oder nicht. Diesen Themen möchte sich der Kinderschutzbund zusammen mit Schulen, Kindergärten, Allgemeinem Sozialem Dienst, Jugendförderung, Kirchen, etc. verstärkt fachlich widmen und hat dazu ein Stadtforum Innenstadt ins Leben gerufen. Dabei ist es bemerkenswert, wie viele familienunterstützende Aktivitäten es von einzelnen Institutionen schon gibt. Diese Angebote sollen nun im Austausch miteinander vernetzt und ausgebaut werden, um Kindern und Jugendlichen ein lebenswertes Umfeld und für sie optimale Lebensbedingungen in allen Bereichen zu ermöglichen.

Claudia Heyse, Kinderschutzbund Rüsselsheim

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren!

Über das „Aus“ der Diakonie-Werkstatt und den Umgang unserer Gesellschaft mit Langzeitarbeitslosen.

Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft ein zentraler Zugang zu eigener Lebensvorsorge und zur gesellschaftlichen Teilhabe. Der Anspruch der Menschen auf Lebens-, Entfaltungs- und Bildungschancen ist Ausdruck der Menschenwürde. Die Gesellschaft und die Politik sind verpflichtet, „größtmögliche Anstrengungen zu unternehmen, um die Beteiligung an der Erwerbstätigkeit zu gewährleisten.“ (Sozialwort der Kirchen, 1997). Denn Arbeitslosigkeit bedeutet existenzielle Not und gesellschaftliche Ausgrenzung.

Doch längst nicht alle finden eine Anstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen hält sich konstant. Die Gründe dafür sind vielfältig. Oft sind sie eingeschränkt auf Grund von körperlichen oder seelischen Behinderungen, Sucht, Sprache, Alter, Qualifikation oder Gesundheit. Die allermeisten aber wollen ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, etwas leisten und dafür einen angemessenen Lohn erhalten, der sie nicht weiter zu Hilfeempfänger macht. Daraus folgt: Von Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Menschen brauchen einen sozialen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt.

Unterschiedliche Träger, darunter auch christliche, engagieren sich mit ihren Projekten und Finanzmitteln für diese Personengruppe und leisten einen wichtigen Anteil am Gemeinwesen und der Teilhabe an Arbeit und sozialem Leben. So auch die Diakonie-Werkstatt als eingetragener Verein. Seit über 30 Jahren ermöglichte sie mit ihrer Option für Benachteiligte durch Arbeit gesellschaftliche Teilhabe und soziale Integration von Menschen, die durch Hemmnisse oder Einschränkungen vom ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.

Mit großem Bedauern und mit nicht weniger „Ärger“ über die politischen Entwicklungen im Umgang mit arbeitslosen Menschen mussten wir im März die Unabwendbarkeit der Insolvenz zur Kenntnis nehmen. Schon lan-

ge kritisieren wir die verschärften Rahmenbedingungen für den sozialen Arbeitsmarkt: Sehenden Auges werden langjährige Beschäftigungseinrichtungen durch gezielte politische Maßnahmen, der Instrumentenreform und Kürzungen der Fördermittel für den sozialen Arbeitsmarkt in die Knie gezwungen.

Marktwirtschaft stößt an Grenzen

Erst im Sommer 2013 haben wir eindringlich darauf hingewiesen, wie notwendig die Finanzierung und Förderung von Beschäftigung ist und wie dringlich es ist, ein gesellschaftliches Bewusstsein für die Problematik wie auch für den Gewinn von einem geförderten Arbeitsmarkt zu schaffen. Dass selbst Einrichtungen wie die Diakonie-Werkstatt, die sich ohne „nennenswerte“ Schulden über Jahre halten können, aufgrund von Liquiditätsproblemen gegenüber ihrer Stammbesellschaft die Segel streichen muss, ist daher kein Unternehmensniedergang der üblichen Art: Die gute Arbeit der Diakonie-Werkstatt ist den gegenwärtigen marktliberalen Kriterien für den sozialen Arbeitsmarkt zum Opfer gefallen. Das erzwungene „Aus“ des Vereins ist ein weiteres Armutszeugnis unserer Gesellschaft, die nicht zu begreifen scheint, dass – wenn es um die Würde des Menschen und dessen Teilhabe geht – die Gesetze der Marktwirtschaft an ihre Grenzen stoßen. Verlie-

rer sind und bleiben all diejenigen, die – aus welchen Gründen auch immer – aus dem ersten Arbeitsmarkt nicht genügen.

Würde und Selbstbewusstsein

Solidarität gilt den Menschen in den Maßnahmen, die Dank qualifizierter Fach- und Sozialarbeiter und individueller Förderung nach oft langer Arbeitslosigkeit einen Einstieg in regelmäßige Beschäftigung gefunden haben und nun wieder ohne Lohn und Brot dastehen. Besonders verbunden wissen wir uns aber der Stammbesellschaft und dem Geschäftsführer, die nun selbst von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Ihr Bemühen, selbst unter schwersten Rahmenbedingungen die Diakonie-Werkstatt am „Markt“ zu halten, hat lange Jahre vielen Menschen nicht nur Beschäftigung, sondern auch Würde und Selbstwert geschaffen. Mit ihnen hoffen wir, dass sie mit ihrer Kompetenz eine neue Anstellung finden. Gesellschaftlich haben die Anstrengungen der letzten Jahre kaum Anerkennung gefunden. Umso nachdrücklicher fordern wir einen sozialen Arbeitsmarkt, die Einführung des sogenannten Passiv-Aktiv-Transfers und die Förderung von Trägerstrukturen, die sie die Diakonie-Werkstatt über ein viertel Jahrhundert hinweg darstellte.

Ingrid Reidt

Katholische Betriebsseelsorgerin

Mitbestimmung sichern – um des Menschen willen!

Mitbestimmung ist ein hohes Gut. Sie sichert strukturell die Mitsprache der Arbeitnehmerschaft durch die Interessensvertretung und gewinnt vor allem dort Bedeutung, wo Rechte der Beschäftigten verletzt oder vollends untergraben werden. Doch auch wenn betriebliche Mitbestimmung im wahrsten Sinn des Wortes „Recht“ hat, d.h. fest im Betriebs-

ment mehr darstellte, den Standort mitsamt seiner hochengagierte Belegschaft zu schließen. Das ist tragisch und es erschrickt, wie wenig öffentliche Empörung diese Schließung erfahren hat.

Dass dieselben Betriebsräte für ihre gute Interessensvertretung am Ende doppelt abgestraft werden und ihnen bei der Suche nach neuer Stelle ganz offensichtlich zusätzliche Steine in den Weg gelegt werden, ist ein Skandal. Niemand darf durch sein Engagement in der Arbeitnehmervertretung schlechter gestellt werden. Dies vereitelt geradezu das Recht der Mitbestimmung.

Daher bedarf es einer Korrektur im Bewusstsein der Menschen und der Gesellschaft!

Ohne verankerte Mitbestimmung sind den Möglichkeiten der Ausbeutung und der Willkür Tor und Tür geöffnet. Lohndumping, menschenunwürdige Vertragsstrukturen, sowie Ausbeutung auch durch fehlende Arbeitszeitregelungen sind an der Tagesordnung, von Schutz und Anwaltschaft bei individuellen Schwierigkeiten ganz zu schweigen. In einer globalisierten Arbeitswelt mit brutaler Konkurrenz werden Rechte von Beschäftigten oft ungesehen missachtet und die Würde von Menschen mit Füßen getreten. Kontinuierliche betriebliche Mitbestimmung mit klaren Strukturen und Kommunikationsformen sichert gute Arbeit und bewahrt sich nicht zuletzt in Krisensituationen.

Was ist zu tun? Wir brauchen einen starken Schulterschluss, Solidarität und gegenseitige Unterstützung im Kampf um mehr Mitbestimmung – und das gesamtgesellschaftlich über die Grenzen des eigenen Unternehmens und die Branchen hinweg.

Ingrid Reidt

Katholische Betriebsseelsorgerin



verfassungsgesetz verankert ist, genießt betriebsrätlisches Engagement nur selten angemessene Anerkennung. Das Gegenteil ist eher der Fall: Betriebs- und Personalräte geraten immer häufiger in Rechtfertigungsdruck für das, was sie sind und für das, was sie tun. Mehr noch: Statt Anerkennung begegnet ihnen Unverständnis, Argwohn oder Kritik – auch aus den Reihen der eigenen Belegschaft. Ein Trend, der mehr als nachdenklich macht.

Betriebsratsarbeit ist anstrengend und verlangt Nervenstärke, Durchhaltevermögen, Sachverstand und Diplomatie. An vielen Stellen bedürfte es vielmehr einer stärkeren und verpflichtenden Einbindung der Arbeitnehmervertretungen in unternehmerische Entscheidungen. Die Standortschließung von HP in diesem Jahr hat gezeigt, dass selbst engagierte Betriebsräte am Ende an kürzeren Hebel sitzen und sich der Verdacht erhärtet, dass die profilierte Betriebsratsarbeit am Ende ein Argu-

Über Standort-Defekte und die Rüsselsheimer Nähe zum FRAport

Die beim Standortmarketing mit dem Pfund der guten Erreichbarkeit des Flughafens wuchern und mit dessen Nähe protzen wollen, die müssen auch offen sagen, dass auf die Anrainer gleich hinter dem Tor zur Welt die Hölle wartet. Geht es nach den Ausbaubetreibern, sollen ja schließlich auf den bestehenden Flughafenbetrieb mit derzeit rund 470.000 Flugbewegungen noch mal 50% an Lärm, Luftschadstoffen und Absturzrisiko draufgesattelt werden.

Und auch die wirtschaftliche Potenz dieses Krebsgeschwürs der Region sollte richtig eingeschätzt werden. Der gleiche Quacksalber, der für Rüsselsheim die (Horror-)Vision 2020 hat entwerfen dürfen, hat in seinen Gefälligkeitsgutachten für die Ausbaubetreiber nicht nur direkte und indirekte Effekte ausgemacht, sondern mittels sogenannter „Sensitivitätsanalyse“ auch noch indizierte und katalytische hinzukonstruiert. Seriöse Berechnungen, die mit dem Flughafenbetrieb einhergehende „Defekte“ wie Arbeitsplatzabbau und Jobverlagerungen mit berücksichtigen, kommen zu gänzlich anderen Ergebnissen.

Während in Rüsselsheim Schwimmbäder und Schulen dicht gemacht werden, ist der Kämmerer nicht willens einmal zu beziffern mit wie vielen Euros an Steuergeldern die Rüsselsheimer Stadtgesellschaft beteiligt ist an den Milliardengräbern der Luftverkehrswirtschaft wie BER und



Foto: Walter Keber

Kassel-Calden, an der sogenannten landseitigen Erschließung von FRA mit einem millionenschweren S-Bahnanschluss der „AirportCity“ am „GatewayGarden“ oder der jahrzehntelangen Subventionierung des Luftlandplatzes Lautzenhausen, der nach bestem Orwell'schen Neusprech unter der Bezeichnung „Frankfurt-Hahn“ fungiert.

So werden wir weiter über die vom übermäßigen Flughafenbetrieb ausgehenden Beeinträchtigungen und Belastungen aufklären und nicht müde werden für einen Rückbau dieses Molochs auf ein raum- und regionalverträgliches Maß zu streiten.

Unsere Forderungen:

- Für einen Rückbau von FRA auf ein raum- und regionalverträgliches Maß
- Für einen Verzicht auf Terminal 3 und sofortigen Baustopp
- Für ein striktes Nachtflugverbot von 22-6 Uhr
- Für eine Deckelung der Flugbewegungen auf FRA von 380.000 pro Jahr
- Mehr Sicherheit vor Abstürzen
- Erstellung einer Gesamtbelastungsstudie

Für eine lebenswerte Region – Für eine lebenswerte Welt.

Roger Treuting, BI Rüsselsheim

Mütterrente JA – ABER ...

Ein Entgeltpunkt für ein Jahr Kindererziehung – das entspricht einem Jahresverdienst von ca. 33.000 Euro. Soviel soll ab Juli 2014 auch Müttern von Kindern, die vor 1992 geboren sind, auf ihrem Rentenkonto gutgeschrieben werden. Mütter sind es wert! Und die Arbeit von Erzieherinnen auch? Ist also mit dem Rentenpaket 2014 aus Arbeitnehmersicht alles in Ordnung? Verspricht es doch außerdem mehr Mittel für die Rehabilitation, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte – und die Rente mit 63. Wie immer lohnt sich genaueres Hinsehen und kritisches Nachfragen.

Die Verbesserung der sozialen Absicherung derjenigen Beschäftigten, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Rente gehen müssen, ist längst überfällig. Wettmachen wird sie die Kürzungen der letzten „Reformen“ nicht. Und wie war das eigentlich mit einer humanen Gestaltung der Arbeitswelt, die die Gesundheit der Beschäftigten nicht untergräbt?

„Rente mit 63“ klingt wie ein Abschied von der „Rente mit 67“, oder? Ist es aber nicht, nur vorübergehend wird besonders langjährigen Beschäftigten die Möglichkeit geboten, früher in den Ruhestand zu gehen. Junge Kolleginnen und Kollegen, nicht zu früh freut: spätestens für den Jahrgang 1964 ist der Spaß schon wieder vorbei und die Altersgrenze erneut bei 65 Jahren – nach 45 Beitragsjahren – aber

wer erreicht die dann noch? Ist die „Rente mit 63“ nur ein Trostpflaster für treue und von Hartz IV gefrustete Wähler einer traditionsreichen Partei?

Die Anerkennung der Erziehungsleistung von Eltern in der Rente ist eine alte Forderung der Katholischen Arbeitnehmerbewegung. Aber die Bundesregierung greift zur Finanzierung auf die Rentenbeiträge zu. Rentenbeiträge sind Teil des Lohns, sie dienen der Alterssicherung der abhängig Beschäftigten – und weder der Haushaltskonsolidierung des Bundes noch der Finanzierung wenn auch wünschenswerter sozialpolitischer Leistungen.

Um von der ewigen Flickschusterei in der Rentenversicherung wegzukommen, lauten unsere Forderungen deshalb:

- Hände weg von unseren Beiträgen, Hände weg vom Ertrag unserer Arbeit!
- Finanzierung der Rente auf breiter Basis durch Einbeziehung **aller** Einkommen – also auch derjenigen, die vom Funktionieren des Systems zwar profitieren, dazu aber keinen persönlichen Beitrag leisten!

Hans-Peter Greiner

Katholische Arbeitnehmerbewegung

Welches Europa wollen wir?



GUTE ARBEIT. SOZIALES EUROPA. FÜR UNS ALLE.



Im Euro bleiben oder raus, Kern-Euro, Nord-Euro, Süd-Euro - ist das die Frage? Sollen wir für Demokratie, für soziale Rechte und gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne eher auf europäischer oder auf nationalstaatlicher Ebene kämpfen - ist das die bessere Frage? Die Diskussion tobt gerade im Vorfeld der Europawahlen. Wie wäre es denn, die Kämpfe einfach da zu befördern und zu organisieren, wo es möglich und nötig ist? Und dazu die bereits stattfindenden Auseinandersetzungen wenigstens wahrzunehmen!

Natürlich gehört die europaweite Blockupy-Bewegung mit den zentralen Aktionen im Mai und im Herbst in Frankfurt dazu. Natürlich gehört dazu die Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes für „Gute Arbeit“ am 4. April in Brüssel genauso wie in Deutschland die ver.di Forderung nach einem Sockelbetrag von 100 Euro für alle im Öffentlichen Dienst, die Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn von 10 Euro, nach Zurückdrängung von Leiharbeit, Werkverträgen und Scheinselbstständigkeit.

Sparpolitik mit verheerenden Folgen

Natürlich sollten die völlig unzureichenden Instrumente demokratischer Einflussnahme auf europäischer Ebene genutzt werden, wie das die Europäische Bürgerinitiative, Wasser ist ein Menschenrecht“ versucht. Die Kämpfe gegen die desaströse Kürzungspolitik, wie sie in Griechenland, Spanien oder Portugal von der Troika aus EU, EZB und IWF verordnet wurde, werden zunächst in diesen Ländern geführt. So konnten in Portugal soziale Kürzungen und Entlassungen unter Berufung auf die dortige Verfassung, ein Produkt der Nelkenrevolution von 1974, verhindert werden. Aber die Forderung, die Steuerflucht portugiesischer Unternehmen in die Niederlande, die wesentlich zum Defizit der öffentlichen Kassen beiträgt, zu verhindern, richtet sich auf europaweite Regelungen. Und in Griechenland, wo innerhalb von drei Jah-

ren die Zahl der Totgeburten um 20 und die Säuglingssterblichkeit um 43 Prozent stieg, wird der Kampf um die öffentliche Gesundheitsversorgung zunächst im eigenen Land geführt. Aber die Unterstützung dieses Kampfes und die Vernetzung mit entsprechenden Auseinandersetzungen in anderen Ländern ist eine selbstverständliche Solidaritätsaufgabe.

Proteste werden totgeschwiegen

Während aber die „faulen Griechen“ in den deutschen Leitmedien wenigstens noch als abschreckendes Beispiel dienen, bleiben die soziale Lage und die Auseinandersetzungen in anderen Ländern der europäischen „Peripherie“ fast vollständig ausgeblendet. Wo war die Großberichterstattung über die 2 Millionen Spanierinnen und Spanier, die zum Abschluss der „Märsche der Würde“ gegen „die Politik der Regierungspartei (PP) und das Diktat der Troika (IWF, EZB und EU-Kommission)“, gegen „den Diebstahl unserer Rechte und die Verarmung der sozialen Mehrheit“, für „die Menschenrechte und die sozialen Grundrechte“ demonstrierten, wo die Proteste hiesiger Politikerinnen und Journalistinnen gegen die brutalen Polizeieinsätze gegen die Märsche? Wie lebt es sich in einer Region wie dem NATO-Protektorat Kosovo mit einer offiziellen Arbeitslosenquote von 40 bis 50 Prozent? Wie in Bosnien und Herzegowina, in dem ein EU-Sonderbeauftragter über den Regierenden der ethnisch definierten Teilge-

biete das Sagen hat, wo offiziell „nur“ 25 Prozent Arbeitslosigkeit herrscht und die Löhne bei einem Fünftel des EU-Durchschnitts liegen? Hier haben sich weitgehend unbeachtet von den deutschen Medien heftige soziale und politische Proteste entwickelt, die schon zum Sturz von lokalen und regionalen Regierungen geführt haben. Die Demonstrierenden fordern, zum Teil über ethnische Grenzen hinweg, privatisierte Großbetriebe „den Arbeiterinnen zurückgeben und sie unter öffentliche Kontrolle zu stellen“, fordern die „Angleichung der Politikerinnenbezüge und des Lohns der Arbeiterinnen im öffentlichen und privaten Sektor“ (aus der Deklaration der Arbeiterinnen und Bürgerinnen des Kantons Tuzla). In Bulgarien, seit 7 Jahren EU-Mitglied, verdient eine Krankenschwester 250 Euro brutto, ein Arzt bis zu 400 Euro. Dass unter diesen Bedingungen viele gut ausgebildete Menschen auswandern, interessiert hierzulande nur diejenigen, die dadurch zu für sie profitablen Arbeitskräften kommen. Größere Medienkampagnen gibt es, wenn auch Roma kommen und man eine rassistisch unterlegte Diskussion über „Einwanderung in unsere Sozialsysteme“ damit befeuern kann. Attac tritt demgegenüber vor und nach den Europawahlen für eine Umverteilung von Reichtum, für die Entmachtung der Finanzmärkte, für ein demokratisches und solidarisches Europa ein.

Heinz-Jürgen Krug
Attac-Gruppe Rüsselsheim

Wir alle haben ein Recht auf gute Arbeit. Und verdienen einen sicheren Ruhestand. In einem sozialen Europa. Mit einem handlungsfähigen Staat. Doch die Regierung lässt uns allein. Gemeinsam können wir das ändern: Gute Arbeit, sichere Rente, soziales Europa, aktiver Staat. Für uns alle. Auf zum 1. Mai!

WIR ALLE HABEN EIN RECHT AUF GUTE ARBEIT.

Mit starken Tarifverträgen, klaren Regeln, beruflichen Perspektiven und gesunden Bedingungen. Deshalb beziehen wir Position: Für die Stärkung der Tarifautonomie, einen gesetzlichen Mindestlohn und mehr Mitbestimmung – gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

WIR ALLE VERDIENEN EINEN SICHEREN RUHESTAND.

Mit geregelten Übergängen, guter Rente und fairer Finanzierung – denn Armut im Alter ist ein großes Problem. Deshalb beziehen wir Position: Für ein stabiles Rentenniveau, flexible Wege vom Erwerbsleben in die Rente und einen Ruhestand in Würde und finanzieller Sicherheit – gegen die Rente mit 67.

WIR ALLE WOLLEN IN EINEM SOZIALEM EUROPA LEBEN.

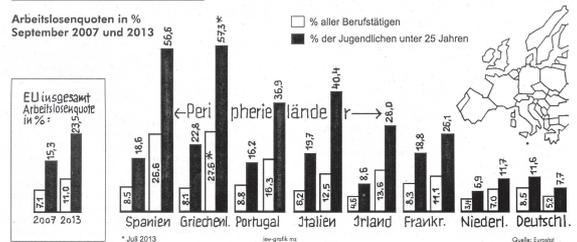
Mit einem geregelten Arbeitsmarkt, menschlichen Leitwerten und demokratischer Mitbestimmung. Damit wir eine Zukunft haben. Deshalb beziehen wir Position: Für mehr Mitbestimmung, Transparenz und Beteiligung in einem demokratischen Europa – gegen die Aushöhlung von Demokratie und Solidarität.

WIR ALLE BRAUCHEN EINEN AKTIVEN STAAT.

Damit wir ein gutes und sicheres Leben führen können – mit handlungsfähigen Kommunen, moderner Infrastruktur, einem guten Bildungssystem, nachhaltiger Energiepolitik und stabiler innerer Sicherheit. Deshalb beziehen wir Position: Für solide finanzierte Haushalte, gerechte Umverteilung und einen handlungsfähigen Staat – gegen Spardiktat und Steuerflucht.

Ralf Becker, DGB OV Rüsselsheim

EU: Keine Arbeit – keine Zukunft



Flucht ist kein Verbrechen

Wenn ein Fremder wohnt in eurem Land, den sollt ihr nicht unterdrücken.

(Buch Levitikus, Kapitel 19)

Fremde gibt es bekanntlich so'ne und so'ne. Wenn Fremde von Redwood Groove Ltd. mit Sitz auf den fremden Cayman Islands kommen und behaupten, sie wollten für 240 Millionen Euro ein tolles Einkaufszentrum bauen, dann rollt man ihnen gleich mehrere rote Teppiche aus und ist bereit dafür ein Rüsselsheimer Alleinstellungsmerkmal, den denkmalgeschützten historischen Kern des Opelwerks zum größten Teil abzureißen. Wenn allerdings dunkelhäutige Frauen, Männer und Kinder mit wenig Gepäck aus Kriegs- und Hungergebieten versuchen, in der „Festung Europa“ Sicherheit zu finden, begegnen sie „Push back“ Operationen, der Grenzschutzagentur Frontex, bewaffnet bewachten Grenzanlagen und Tausenden von ihnen erleiden jedes Jahr einen elenden Tod. Und diejenigen, die es dennoch ins Innere des EU-Schengen-Gebiets schaffen, erwartet häufig der Abschiebeknast oder das Risiko, von Faschisten tot geschlagen zu werden.



Arbeitskreis Asyl, der sich in oft mühevoller sozialer, politischer und juristischer Kleinarbeit um viele oft dramatische Fälle kümmert. Aber sollen wir denn alle Elenden dieser Welt aufnehmen? Von den 45,2 Millionen Flüchtlingen in 2012 waren 28,8 Millionen Flüchtlinge im eigenen Land (mehrere Millionen in Kolumbien, dem Kongo und Syrien), von den anderen strandeten 80 Prozent in einem Land der 3. Welt (1,6 Millionen in Pakistan, 0,9 Millionen in Iran).

Warum Menschen flüchten

Aber was haben „wir“ denn mit diesem Elend der Anderen zu tun? Bei den Herkunftsländern der Flüchtenden fällt auf, dass die meisten aus Ländern fliehen, in die „der Westen“, meist mit deutscher Unterstützung, die „Menschenrechte“ durch Militärgewalt exportieren will: aus Afghanistan 2,6 Millionen, aus Somalia 1,1 Millionen, aus Irak und Syrien jeweils mehr als 700.000 Menschen. Solche Interventionen sollen den „Zugang zu

Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten“ sichern, wobei darauf zu achten ist „von Krisen und Konflikten auf Distanz zu halten“ (Zitate aus den Verteidigungspolitischen Richtlinien, 2011). Dass die Waffen aus hochprofitablen deutschen Rüstungskonzernen Kriege und Kämpfe mit am Laufen halten – Deutschland ist drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt – kommt hinzu.

Flucht ist kein Verbrechen!
Stoppt den Waffenhandel!

Heinz-Jürgen Krug, AK Asyl

Vormerken:

**Lesung mit
Jürgen Grässlin
„Schwarzbuch
Waffenhandel“**

**16. Juli 2014, 19 Uhr
Stadthalle Rüsselsheim
Lassallesaal**

Informations- und Diskussionsveranstaltung



Europa in der Krise Perspektiven für ein soziales Europa

Referent: Dr. Kai Eicker-Wolf (DGB Hessen-Thüringen)

**29. April 2014, 19:00 Uhr
Stadthalle Rüsselsheim - Lassallesaal**

Seit Jahren spitzt sich die Krise in Europa zu. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen von vielen Millionen insbesondere in den Ländern Südeuropas werden durch immer neue Spardiktate massiv verschlechtert. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer schneller auseinander. Die katastrophalen ökonomischen und sozialen Folgen der Brüsseler Kürzungspolitik führen zu keinem Umdenken, obwohl überall am Mittelmeer die Wirtschaftsleistung schrumpft, die Arbeitslosigkeit nach oben geht, die Steuereinnahmen sinken und die Staatsverschuldung steigt. Noch ist völlig unklar, wie der Euro diese Krise überleben wird. Die neoliberale Politik ist gescheitert, das Projekt Europa steht auf der Kippe.

Vor diesem Hintergrund wird Kai Eicker-Wolf folgende Themen ansprechen:

- Ursachen der Eurokrise
- Die Eurokrisepolitik und ihre Folgen
- Alternativen zur Eurokrisepolitik
- Ausblick: Wie kann es gelingen ein solidarisches, demokratisches und soziales Europa zu schaffen?

Veranstalter:

DGB Ortsverband Rüsselsheim, DGB Kreisverband Groß-Gerau, Arbeit und Leben Südhessen